

## ARBEITSGRUPPE SOLIDARISCHE KIRCHE IM RHEINLAND

c/o Rita Horstmann, Deutz-Mülheimer-Str. 199, 51063 Köln  
[soki.rheinland@arcor.de](mailto:soki.rheinland@arcor.de), [www.solidarischekirche.de](http://www.solidarischekirche.de), [www.transparentonline.de](http://www.transparentonline.de)

Köln, im Januar 2017

*Liebe Mitglieder der SoKi, liebe Freundinnen und Freunde,*

*mit großer Freude und Erleichterung teilen wir Ihnen und Euch mit, dass es endlich unter [www.solidarischekirche.de](http://www.solidarischekirche.de) nun eine gut lesbare, übersichtliche und vor allem inhaltsreiche Website der SoKi gibt – schauen Sie rein! In Zukunft werden wir dort auch aktuell über Themen und Beschlüsse der Arbeitsgruppe Solidarische Kirche im Rheinland informieren.*

*Mit dem jährlichen Rundbrief wollen wir aber weiterhin auf wichtige Stationen und Schwerpunkte unserer Arbeit aufmerksam machen.*

*So soll diesmal an erster Stelle der Dank stehen für die Spenden, die über zweieinhalb Jahre hin der palästinensischen Familie Abu Hait aus Syrien das Einleben in Deutschland ermöglicht haben.*

*Die Politik Israels gegen Palästina beunruhigt weiterhin – und in diesem Jahr 2017 besonders. Dazu hat Martin Breidert einen Bericht geschrieben, der unsere Sicht auf die Situation verdeutlicht.*

*Zur Ökumene: Über die Arbeitsthemen der Sachgruppe Ökumene lesen Sie einen zusammenfassenden Bericht.*

*Außerdem: Wir haben eine finanzielle Unterstützung gegeben für ein Jugend-Begegnungs-Seminar in Namibia, das unser Mitglied Achim Dührkoop zusammen mit seiner Frau vorbereitet und geleitet hat. Einen Bericht darüber werden Sie bald auf unserer Website finden.*

*Und schließlich haben wir eine Anregung des „Friedensforum“ aufgegriffen und den Bundespräsidenten gebeten, bei seinem Abschied aus dem Amt auf den Großen Zapfenstreich zu verzichten. Viele befreundete Gruppen und Organisationen und Einzelne haben sich angeschlossen, die Mitunterzeichner-Liste zeigt nur einen Teil der Unterstützer.*

*Für das Jahr 2017, das schon mit großen friedens- und solidaritätspolitischen Aufregungen und Sorgen begonnen hat, wünsche ich uns allen das Maß an Hoffnung, ohne das unser Engagement für Gerechtigkeit, Frieden und gegen die Zerstörung der Mitwelt nicht leben kann.*

*Mit herzlichen solidarischen Grüßen!*

*Rita Horstmann  
für die Arbeitsgruppe Solidarische Kirche im Rheinland*

## **Herzlichen Dank für die Unterstützung der palästinensischen Flüchtlingsfamilie aus Syrien**

Ende Juni 2014 kam die 5-köpfige Familie als NRW-Kontingent-Flüchtlingsfamilie dank der Mithilfe der Solidarischen Kirche im Rheinland nach Deutschland. Zweieinhalb Jahre Unterstützung durch die Mitglieder der SoKi und der evangelischen Kirchengemeinde Vorgebirge in Bornheim, lässt dankbar zurückblicken auf den Weg der Flüchtlingsfamilie aus Damaskus in den Libanon und von dort in das Haus eines Ehepaars in Bornheim und nach ca. 5 Monaten in eine eigene Wohnung in Bonn. Wir brauchten Eure Unterstützung. Für diese Familie gibt es nämlich keine staatliche Unterstützung.

Die finanzielle Versorgung der Familie konnte dankenswerterweise durch das Spendenaufkommen gut abgesichert werden. Die Familie hat sich gut integriert, kontinuierlich Deutsch gelernt.

Der Vater hat inzwischen die berufliche Anerkennung erworben und kann jetzt in seinem Beruf als medizinisch-technischer Laboratoriumsassistent arbeiten. Er hat insgesamt 6 Monate in verschiedenen Krankenhauslaboratorien und einem Privatlabor Praktika absolviert mit jeweils hervorragenden Zeugnissen. Deshalb hat er auch sofort nach der Anerkennung in einem der Krankenhäuser eine Vertretungsstelle auf 50% Basis erhalten.

Die Mutter beginnt Anfang 2017 ein Praktikum in einer Kita. Mit einem 450 Euro-Job trägt sie zum Lebensunterhalt bei. Die Kinder besuchen mit gutem Erfolg die Schule.

So ist zu hoffen, dass die Flüchtlingsfamilie ab 2017 ihren Lebensunterhalt selbständig bestreiten kann.

Allen Spenderinnen und Spendern herzlichen Dank.

\* \* \* \* \*

## **50 Jahre israelische Besatzung – Die Nakba geht weiter**

Dr. Martin Breidert

Jeden Monat stehe ich mit Aktivisten an einem Infostand in Bonn, wo zu lesen ist: *Israel – raus aus den Besetzten Gebieten*. Ein jüngerer Mann fragt mich uninformiert, aber interessiert: „Welche Besatzung?“ Selbst die Medien vergaßen die völkerrechtlichen Koordinaten, als sie Bethlehem in Israel verorteten. Erst Beschwerden beim Deutschen Presserat brachten sie zur Einsicht.

Schon in der dritten Generation leben die Palästinenser unter israelischer Besatzung, sie müssen Entrechtung und Ohnmacht ertragen. Wer vor den Trümmern zerstörter Häuser und an den Checkpoints steht, wer an der riesigen Mauer emporschaut, fragt sich immer wieder: Wie halten die Menschen das alles aus?

Zwei Mal erhoben sich die Palästinenser. Die Erste Intifada (1987-1993) war weitgehend gewaltfrei. Die Zweite Intifada (2000-2005) ging mit Selbstmordattentaten einher. Bei meiner

Reise durch die besetzte Westbank hörte ich wiederholt den Satz: Wir wollen als Menschen behandelt werden und nicht wie Tiere. Der scheidende UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon hat es auf den Punkt gebracht: „*Es liegt in der Natur des Menschen, auf die Besatzung zu reagieren, die oft als mächtiger Brutkasten des Hasses und Extremismus dient.*“<sup>1</sup>

Hani Amers Haus, der schon 1948 Flüchtling war, befindet sich auf Land, das die Siedler beanspruchen. Nun ist sein Haus von Zaun und Mauer umgeben. Trotzig sagt er: „Ich bleibe hier, ob auf der Erde oder unter der Erde.“ Ich kann kein Arabisch sprechen, aber ein Wort habe ich von Palästinensern gelernt: *Sumud* – Standhaftigkeit. Die Menschen halten es nicht mehr aus und sie bleiben doch: To exist is to resist. Sie sind mit ihrem Land verbunden und wie Olivenbäume tief im Boden verwurzelt. Es geht nicht um religiöse Überzeugung, sondern um die Frage: Wem gehört das Land? In Ostjerusalem kann man sehen, wie Israel auf subtile und zugleich brutale Weise versucht, eine „Entarabisierung“ durchzusetzen.

In Bethlehem erzählten mir Menschen, wie sie in den achtziger Jahren zum Baden nach Gaza ans Meer fahren konnten. Friedensaktivisten berichten von gemeinsamen Aktionen von jüdischen Israelis und Palästinensern in den neunziger Jahren. Die Zerstückelung des Landes durch die Oslo-Abkommen in A-, B- und C-Gebiete sowie die Mauer behindern die Kommunikation, erschweren politische Aktivitäten, strangulieren die palästinensische Ökonomie und pferchen die Palästinenser ein. Wohin die Enklavenbildung in der Westbank führt, lässt sich am Gazastreifen sehen: Abriegelung, Verhinderung der Bewegungsfreiheit, militärische Gewalt und Zerstörung der Infrastruktur.

Im Rückblick bleibt festzustellen, dass das Versprechen „Land für Frieden“ niemals eine wirkliche Option des zionistisch-kolonialistischen Projekts war, ganz gleich, ob es linke oder rechte israelische Regierungen waren. Die wachsenden Kolonien, verniedlichend Siedlungen genannt, dienten von Anfang an einer schleichenden Annexion. Ihr Bau ging vor, während und nach den Oslo-Abkommen unvermindert fort und hat sich in den letzten Jahren verstärkt. Edward Said, der zusammen mit Daniel Barenboim das west-östliche Divan-Orchester gründete, warnte von Anfang an vor den Folgen von Oslo.<sup>2</sup> Leider behielt er Recht. Der damalige israelische Außenminister Shimon Peres versprach der Knesset, die Oslo-Abkommen würden die Kontrolle über die Besetzten Gebiete für viele Jahrzehnte sichern.<sup>3</sup>

Welche Perspektiven ergeben sich? Die sogenannte Palästinensische Autonomiebehörde (*Palestinian Authority*) wird weiterhin willig oder widerwillig mit Israel kooperieren und damit noch mehr Vertrauen in der palästinensischen Bevölkerung verlieren. Palästinensische Bewegungen wie *Stop the Wall* und das *Popular Resistance Committee* mobilisieren den Widerstand in der Bevölkerung, soweit das unter einem brutalen Besatzungsregime und einem allgegenwärtigen Geheimdienst möglich ist. Politisch ist die *Demokratische Allianz* das Sammelbecken jenseits von Fatah und Hamas. Bei einigen jüdischen Israelis hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass ein Besatzungsregime auf Dauer nicht zu halten ist, etwa bei *Breaking the Silence*, *B'Tselem*, *Boycott from Within* und neuerdings *SISO (Save Israel Stop Occupation)*. Allerdings tut die Regierung Netanjahu alles, um israelische Menschenrechts- und Friedensgruppen gesellschaftlich an den Rand zu drängen und finanziell auszutrocknen.

Sowohl die US-amerikanische Regierung, die EU und insbesondere die Bundesregierung belassen es bei verbalen Bekundungen des Bedauerns, dass der Staat Israel immer mehr Land enteignet und neue Kolonien bauen lässt und dabei mit brutaler Gewalt vorgeht. Darum engagieren sich jüdische Organisationen wie *Jewish Voice for Peace (USA)*, *Jews for Justice for Palestinians (Europa)* und die *Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V. (D)*. In Deutschland wurde das *Bündnis zur Beendigung der israelischen Besatzung (BIB)* gegründet,

dem Menschen jüdischer, palästinensischer und deutscher Herkunft angehören. Am wirksamsten jedoch dürfte die wachsende *Boycottbewegung BDS* sein. Sie mundtot zu machen, scheut die Israel-Lobby keine Mittel. Die Meinungsfreiheit ist in den westlichen Ländern bedroht, wir müssen sie energisch verteidigen, um unsere Stimme für die Rechte der Palästinenser zu erheben.

<sup>1</sup><http://honestreporting.com/idns-01272016-ban-ki-moon/>

<sup>2</sup>E. W. Said, *Frieden in Nahost? Essays über Israel und Palästina* 1995, deutsch 1997

<sup>3</sup><http://www.mfa.gov.il/MFA/ForeignPolicy/MFADocuments/Yearbook10/Pages/Statement%20to%20the%20Knasset%20by%20Foreign%20Minister%20Peres.aspx>

\* \* \* \* \*

## **Aus der Sachgruppe Ökumene**

Über Beziehungen zum Mainzer Arbeitskreis Afrika (MAKSA) und zur Akademie Villigst beteiligt sich die Solidarische Kirche im Rheinland an den Forderungen zur Aufarbeitung des Völkermordes an den Herero und Nama, besonders, was die Rolle der deutschen Gemeinde Windhoek und des für sie verantwortlichen preußischen Oberkirchenrats (EOK), der Vorgängerorganisation der EKD betrifft. Inzwischen ist der Text von Hans-Martin Milk „Der Stimme der Gnade Gehör schenken“ im Wichern-Verlag in Berlin erschienen.

An der Veröffentlichung eines Buches mit den Biografien der Evangelisten als Mitarbeiter der Rheinischen Missionsgesellschaft im südlichen Afrika beteiligt sich die Solidarische Kirche im Rheinland mit 500 Euro.

\* \* \* \* \*

## **Offener Brief an Bundespräsident Joachim Gauck**

November 2016

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Im kommenden Jahr werden Sie aus Ihrem Amt verabschiedet. Als Mitglieder von seit vielen Jahren für den Frieden eintretende Gruppen möchten wir Sie bitten, bei Ihrer Verabschiedung auf den „Großen Zapfenstreich“ der Bundeswehr zu verzichten.

Der Große Zapfenstreich wird immer wieder kritisiert als ein Ritual aus vordemokratischem Geist. Durch das „Helm ab zum Gebet“, das Abspielen des Tersteegen-Chorals und „Ruf nach dem Gebet“ wird eine religiöse Praxis, das Beten, in den Rahmen von Befehl und Gehorsam eingepasst.

An so prominenter Stelle darf nicht der Eindruck entstehen, in Deutschland seien Religion und Militär untrennbar miteinander verbunden. Obwohl unsere Armee eine Parlamentsarmee ist und jeder Einsatz vom Bundestag beschlossen werden muss, erfüllt dieses Ritual im Zusammenhang mit den sich immer stärker ausweitenden Militäreinsätzen der Bundeswehr viele Menschen mit Sorge.

Letztlich knüpft das Ritual an unsere deutsch-nationale Vergangenheit an, diese konnte durch eine unkritische Religiosität gefestigt werden, die dann das NS-Regime stabilisieren half.

Als Sie kürzlich in essen das Grab Gustav Heinemanns besuchten, würdigten Sie ihn als politisches Vorbild und großen Demokraten, der sich in seinem politischen Handeln stets von seinem Glauben und seinen Werten habe leiten lassen. Große Glaubwürdigkeit habe er sich erworben als Mitglied der Bekennenden Kirche in der Nazizeit sowie durch sein Eintreten gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands.

Gustav Heinemann verzichtete bei seiner Verabschiedung als Bundespräsident ausdrücklich auf den Großen Zapfenstreich.

Bitte folgen Sie auch in dieser Sache Ihrem Vorbild. Sie können damit ein Zeichen setzen für die Möglichkeit, Konflikte anders als militärisch zu lösen.

Wir wünschen uns einen Bundespräsidenten, der sich in seinem Amt grundsätzlich kritisch gegenüber unserer militaristisch-reaktionären Vergangenheit positioniert. Sie können bei Ihrem Abschied ein demokratisches Signal setzen, indem Sie wie Gustav Heinemann auf den Großen Zapfenstreich verzichten.

Arbeitsgruppe Solidarische Kirche im Rheinland

Martin Niemöller Stiftung

Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK)

EAK Westfalen

Deutscher Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes

Friedensinitiative Westpfalz

gewaltfrei handeln e.V.

Friedenskreis Halle e.V.

Ausschuss Kirchlicher Entwicklungsdienst und Ökumene im Kirchenkreis Oberhausen

Kirchenkreis Oberhausen